

Die acht Todsünden der Globalisierung

Von Joachim Rau, © Conzett/Oesch Verlag

«Wenn Grösse das entscheidende Kriterium wäre, müssten die Dinosaurier noch leben.» Wendelin Wiedeking, Porsche-Chef

Die Globalisierung ist in aller Munde, aber mit höchst unterschiedlichem Aroma: In der Welt der wirtschaftspolitischen Festreden erhöht die Globalisierung den Wohlstand, öffnet Grenzen und macht alle glücklich. In der wirklichen Welt weckt der Begriff antikapitalistische Affekte, schmeckt nach dem Abbau von Arbeitsplätzen und der Auslandsverlagerung von Investitionen. «Globalangst» von unten – die Internationalisierung wird von vielen Kritikern und Modernisierungsverlierern mit Einschnitten ins soziale Netz verbunden. Über die Chancen der Globalisierung wurde viel geschrieben, acht mögliche Todsünden sprechen dagegen:

1. Identitätskrisen

In der Globalisierung prallen Zivilisationen, Kulturen und Religionen ungebremst aufeinander. Der «intellektuell Bessergestellte» wird seinen Weg finden, aber wie steht es mit den weniger Beweglichen, den verarmten Bauern, die in Thailand oder Indien zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen? Die lassen sich nicht binnen zweier Jahre zum Programmierer für C++ machen. Die gesichtslose World Company respektiert keine Geschichte und kennt keine mildernden Umstände.

Wenn ihre Umgebung bedroht oder zerstört wird, neigen die Menschen zum Blick nach innen oder in die Vergangenheit. Intoleranz, Ausgrenzung, Fundamentalismus oder die Flucht in sinnstiftende Sektengemeinschaften sind die letzten Rückzugsgebiete der Globalisierungsverlierer und allesamt Merkmale einer Identitätskrise. Die Globalisierungsgewinner sind liberal eingestellt und kosmopolitisch, die Verlierer dagegen denken eher national und fundamental bis rassistisch, sind aber politisch in der Mehrheit. Die nächsten Wahlen gewinnt dann der Politiker, der halbwegs glaubwürdig auftritt, dem Volk verkündet, dass er für Brot sorgt, und dies mit nationalistischem und rassistischem Beiklang mischt.

In den islamischen Staaten hat der religiöse Fundamentalismus teilweise fanatische Formen angenommen, wie in Algerien und Ägypten. In Deutschland leben über 2,7 Millionen Moslems und bilden die drittstärkste Glaubensgemeinschaft, doch tatsächlich wissen die Deutschen vom Islam fast nichts, ebenso wenig wie die Bürger islamischer Länder vom christlichen Europa. Das Unverständnis ist so gross, dass westliche Menschenrechts- und Demokratiepropaganda oft nur als Machtinstrument zur Konservierung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft des Westens gesehen wird. Für den irakischen Wirtschaftswissenschaftler Kadhim Habib wird die Globalisierung von vielen Dritte-Welt-Staaten als Einmischung in die eigene Lebenswelt verstanden, um eine einseitige Freiheit zu schaffen: Sie kommt nicht den Ökonomien dieser Länder zugute, sondern dem Kapitalfluss sowie Handel und damit in erster Linie den multinationalen Konzernen.

2. Markt ohne Staat

Daimler mit Chrysler, Thyssen mit Krupp und Vodafone mit Mannesmann: In den letzten Jahren gingen einige Elefantenhochzeiten über die globale Bühne und scheinen kein Ende zu finden. Die Fusionitis ist ausgebrochen.

Die Unternehmen beanspruchen für sich, nur so im Wettbewerb ein optimales weltweites Management der vorhandenen Ressourcen sicherzustellen – die riesigen Forschungs- und Entwicklungskosten für neue Automobile, Medikamente oder IT-Technologien verlangen nach riesigen Unternehmen. Damit sehen sich Unternehmen selbst als Opfer einer globalen Welt. Doch ohne sie und die Finanzmärkte geht nichts: Sie sind eben nicht dem Sachzwang der Globalisierung unterworfen, sie sind die Globalisierung.

Zu kontrollieren sind multinationale Unternehmen nicht, denn wer sollte dies tun? Einzelstaaten haben lediglich Zugriff auf nationale Standorte. Deregulierung und Liberalisierung bedeuten daher, dass der Staat noch weiter an Einfluss verlieren wird, um dem Kapital- und Güterfluss freien Lauf zu lassen. Schon heute bietet sich gut geführten Unternehmen und Vermögensfonds die Möglichkeit, ihre Steuerzahlungen beliebig herunterzuschrauben. Der Elektronik-Riese Siemens verlagerte seinen Konzernsitz steuerrechtlich ins Ausland und überwies im Geschäftsjahr 1995/96 keine einzige Mark an den deutschen Fiskus, und Jürgen Schrempp, Vorstandschef von DaimlerChrysler, kündete 1996 an, mindestens für vier Jahre in Deutschland keine Ertragsteuern zu zahlen. Für das Geschäftsjahr 2000 bekam das Unternehmen sogar 45 Millionen Euro Steuern zurück. In der EU zahlten Lohn- und Gehalt empfänger 1995 durchschnittlich 13% mehr, Kapitalgesellschaften dagegen 40% weniger Steuern als noch zehn Jahre vorher.

3. Strandgut Kultur

Führt die ökonomische Globalisierung auch zu einer Globalisierung der Kultur? Bis heute hat sich die kulturelle Vielfalt auf der Welt nicht vergrößert, sondern leidet eher unter Schwindsucht: Coca-Cola, Nike, McDonald's und Michael Jackson stehen als Synonyme einer globalen Kultur mit einheitlichen Konsum- und Geschmacksmustern. Wie Regenwasser dringt der Markt in jeden Hohl- und Zwischenraum menschlichen Lebens. Die Ökonomisierung hat auch das überflutet, was sich im Trockenen währte: Sport, Religion und die Kultur. Selbst im Iran gilt US-amerikanischer Heavy-Metal als populärste Musik unter Mittelschicht-Teenagern.

Um die Kultur weltweit zu beherrschen, bringt insbesondere die Freizeitindustrie immer gigantischere Summen auf. In die Produktion des Films Titanic haben 20th Century Fox und Paramount 180 Millionen Dollar gesteckt, also das 3fache einer durchschnittlichen Hollywood-Superproduktion und das 35fache einer üblichen französischen Produktion. Der Film kam 1997 in allen fünf Kontinenten auf die Leinwand und wurde ein weltweiter Erfolg, nicht zuletzt dank einer globalen Werbekampagne, deren Kosten 60 Millionen Dollar überstiegen. Hollywood könnte auch eine biblische Geschichte mit demselben Aufwand verfilmen und vermarkten. Die Rhetorik der Filmstudios ist so offen, dass sich selbst ein Hindu oder Muslim von den Filmen rühren lässt – Mainstream-Ware eben oder, besonders abschätzig, Produkte der Verdummungsbranche. Das hilft der Kultur allerdings wenig.

Die Dynamik der Globalisierung begünstigt die Ausbreitung einer Weltkultur – einer «Einheitszivilisation». Im Endstadium dieser «Madonna»-Ökonomie laufen die Lebens- und

Konsumgewohnheiten einer Mittelstandsfamilie überall in der industrialisierten Welt gleich ab: métro, boulot, dodo – U-Bahn, Arbeit, Bett.

4. McJobs

In fortgeschrittenen Volkswirtschaften kam es spätestens zu Beginn der 1980er-Jahre zu einem erheblichen Anwachsen der Lohndifferenzen zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften und zu zunehmender Arbeitslosigkeit bei den Unqualifizierten. Gleichzeitig stieg das Angebot an hochqualifizierter Arbeit, insbesondere im boomenden IT-Bereich. Unterstützt wird diese Tendenz heute durch die De-Industrialisierung in den reichen OECD-Ländern: Industrie- und Konsumgüter werden vermehrt in Schwellen- und Entwicklungsländern produziert und aus diesen in die Industriestaaten importiert.

Die Schuld an dieser Entwicklung wird häufig der wachsenden Konkurrenz der Billiglohnländer gegeben. Das stimmt jedoch nur zum Teil. Zum einen steigt die Produktivität in den Betrieben, also der Output pro Mitarbeiter, zum anderen nimmt die Bedeutung des Industriesektors am Bruttoinlandprodukt immer weiter ab. Parallel dazu wächst der Anteil des sogenannten tertiären Sektors, also der Dienstleistungen. Billigjobs im Servicebereich sind jedoch standortgebunden. Die industrielle Mittelschicht fällt der Globalisierung zum Opfer, während der Markt für hochqualifizierte Arbeit ebenso wächst wie derjenige für das «Dienstleistungsproletariat».

In den USA mussten die Soziologen eigens eine neue soziale Schicht erfinden, die der «working poor», jener Beschäftigten, die immer ärmer werden, obwohl sie arbeiten. McJobs werden zum Normalzustand: Um sich über Wasser zu halten, müssen gering Qualifizierte gleich mehrere Jobs im Niedrigstlohnbereich annehmen, z. B. Einfacharbeiten als Aushilfe im Fastfood-Restaurant oder im Call Center.

5. Treibhausökonomie

Es ist unmöglich, den gesamten Welthandel an ökologischen Prinzipien auszurichten. Eine sich über Staatsgrenzen hinwegsetzende Globalisierung bewirkt eine ständige Verlagerung der Produktionsstätten an Standorte, an denen ökologische Normen kaum beachtet werden. Globale Märkte erfordern globalen Transport. Dadurch verstärkt die Globalisierung indirekt den Treibhauseffekt, denn ohne niedrige Energiepreise ist eine grenzenlose Wirtschaft nicht denkbar. Durch den seit Jahren geringen Ölpreis fallen die Transportkosten beim späteren Produktpreis kaum ins Gewicht – die Produktion von Gütern in Gebieten, die vom Absatzmarkt weit entfernt sind, wird durch den Freihandel lukrativ. Die weiten Wege – Wein aus Argentinien, Blumen aus Kolumbien – sind dem Klima kaum förderlich.

Dies ist ökologisch ebenso inakzeptabel wie die als Standortvorteil geltenden laxen Umweltvorschriften einzelner Staaten: Nichts erschrecken sich die Staaten mehr als den Einzug der Investoren, nichts fürchten sie mehr als deren Auszug. Der Wettbewerb um die nachlässigsten Gesetze und die noch nachsichtigeren Kontrolle führt zu Umweltfreveln, die durch ihre globale Wirkung ökologisch und finanziell von der gesamten Weltbevölkerung getragen werden.

So führte Brandrodung 1997 auf den asiatischen Inseln Sumatra und Borneo zu den grössten Waldbränden in der jüngeren Geschichte Südostasiens. Die Smog-Werte erreichten Rekordstand, und in der philippinischen Hauptstadt Manila musste die Bevölkerung Atemschutzmasken tragen.

Eine Ursache war die unkontrollierte Brandrodung durch grosse Holzkonzerne zur Beseitigung von Unterholz, um an die auf dem internationalen Markt begehrten Edelhölzer heranzukommen.

6. Isolationszellen

Die Globalisierung ist der Weg ins Schlaraffenland, doch der Wohlstand steigt nur im Durchschnitt: «Die Kapitalmarktliberalisierung hat den Menschen nicht den versprochenen Wohlstand gebracht, sondern Krisen, bei denen die Löhne um 20 bis 30 Prozent gesunken sind und die Arbeitslosigkeit um den Faktor 2, 3 und 4 gestiegen ist.» Die kritischen Worte stammen keineswegs von Fidel Castro oder einem PDS-Mitglied, sondern vom ehemaligen Weltbank-Vizepräsidenten Joseph Stiglitz.

Es gibt kein wirtschaftliches Gesetz, nach dem die Entwicklungsländer automatisch das Einkommensniveau der Industrieländer erreichen, sobald sie nur Aussenhandel und Kapitalverkehr liberalisieren. Für Ruanda, Bolivien oder Armenien ist die «Öffnung der Märkte» eine leere Phrase: Sie haben nichts zu verkaufen. Für sie bedeutet Globalisierung, von denen dominiert zu werden, die etwas zu verkaufen haben. Für Russland gilt Ähnliches: Die 20'000 Nuklearwaffen des Landes sind 20'000 Gründe, den finanziellen Zusammenbruch des Riesen zu verhindern; fließt das Geld nicht zu den Menschen, wandern sie zum Geld.

Einige Länder Südasiens haben sich an das Niveau der industrialisierten Welt herangearbeitet, und ihre Produkte konkurrieren mit denen der hochindustrialisierten Länder. Andere Länder, wie die Ölmonarchien des mittleren Ostens, gehören nach dem Pro-Kopf-Einkommen zwar zu den reichsten Staaten, liefern jedoch lediglich Rohstoffe an die Industrieländer und sind damit von diesen abhängig. Die wirklichen Verlierer aber sitzen in Afrika, Lateinamerika, Afghanistan und den kommunistischen Resten in Asien und der Karibik. Die Globalisierung wird das von Stammesfehden und der Bereicherung einzelner Politiker und lokaler Warlords zerrüttete Schwarzafrika in die Rolle des Rohstofflieferanten verbannen.

7. Ende der Demokratie

Geld sucht Demokratie, denn nur in Demokratien kann Geld wachsen. Doch wo die Weltwirtschaft und vor allem die «global players» die Massstäbe setzen, da schrumpft die Macht des Staates. Das elementare Problem der Globalisierung ist die Abspaltung der international agierenden Unternehmen, die örtlich nicht mehr fassbar sind, von einem nur national handelnden Staat: Demokratisch gewählte Regierungen können der Macht der Multis nur noch begrenzt entgegentreten. Eine Weltwirtschaft entsteht, die keine demokratisch legitimierte Weltregierung hat, die sie beaufsichtigt. Wenn die Staaten ausgetrickst werden und die Ungleichheit zunimmt, ist dies «der Demokratie nicht förderlich», urteilt der ehemalige Leiter der London School of Economics, Ralf Dahrendorf; er glaubt, die Menschheit sei an «der Schwelle zum autoritären Jahrhundert».

Dieser Entwicklung können sich die Staaten der Dritten Welt nicht entziehen, besonders, wenn sie wie viele Entwicklungs- und Schwellenländer im Ausland verschuldet sind und beim IWF oder bei der Weltbank für einen Kredit anklopfen müssen. Dann werden Freihandel und Marktwirtschaft zur Bedingung. Schritt für Schritt in den Abgrund: Im Dschungel des Weltmarkts werden diese Staaten zu Erfüllungsgehilfen der globalen Wirtschaft.

Zusätzlich führt das magische Dreieck aus Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung zu einer immer grösseren räumlichen Trennung zwischen Produzenten und Konsumenten, bis das Stadium maximaler Entfremdung erreicht ist. Nur Viertelgebildete verwechseln Industrialisierung mit Modernisierung oder Wachstum mit Demokratie und glauben, die Entwicklung eines Landes lasse sich ausschliesslich anhand wirtschaftlicher Daten bestimmen. Die Verlierer der Marktkräfte kommen nicht dadurch ökonomisch auf die Beine, dass sie den Ratschlägen der Finanzexperten von Goldman Sachs und der Harvard Business School folgen, den Fetischisten des unbegrenzten Freihandels.

Auf dem Weg in die Weltwirtschaft werden alle Staaten einen bedeutenden Teil ihrer nationalen Souveränität aufgeben müssen und zugleich die globale Wettbewerbsfähigkeit «ihrer» multinationalen Unternehmen sichern, denen die Aufgabe zukommt, für die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt eines Landes zu sorgen. Die Vorstellung, multinationale Unternehmen könnten staatliche Aufgaben übernehmen, wie das US-Nachrichtenmagazin Newsweek vorschlug, ist utopisch, weil kein Konzernchef für soziale und politische Aufgaben bezahlt wird, sondern für Shareholder Value. Ein derartiger Zusammenschluss ist weit von dem entfernt, was üblicherweise unter dem Begriff Demokratie verstanden wird.

Mit dem Ende der Nationalstaaten endet auch die Demokratie, denn eine Weltrepublik als Antwort auf die globale Wirtschaft wäre ein Ungetüm und wegen seiner Grösse unregierbar. In letzter Konsequenz ist es die Demokratie, die der Dynamik der Globalisierung zum Opfer fällt.

8. Finanzguerilla

Für den französischen Präsidenten Jacques Chirac sind sie das «Aids der Weltwirtschaft»: die Spekulanten. Und wer vergangene Krisen in einzelnen Regionen und Ländern beobachtet hat, gibt ihm vielleicht recht: Grossbritannien musste 1992 das Pfund abwerten und aus dem europäischen Währungssystem austreten, Mexikos Peso knickte 1994 ein, und 1997 brachen in Südostasien die Währungen zusammen. Mittäter waren immer die Spekulationsfeldzüge von Risiko-Fonds, jenen professionellen Geldvermehrern der Versicherungen und Investmentgesellschaften, die jede denkbare Anlage – ob Währungen, Aktien oder Staatsverschuldungen – nur nach deren Gewinnmöglichkeit taxieren.

Auf den Finanzmärkten ist die Globalisierung heute am weitesten fortgeschritten, da dem Kapital anders als Menschen und Waren weder Staaten noch Reisegeschwindigkeit Grenzen setzen. Die Jagd nach Rendite läuft in Sekundenschnelle: Die Währungskrisen in Asien, Mexiko und Grossbritannien waren nur durch den Computerhandel möglich, mit dem sich auf Knopfdruck gigantische Summen an fast jeden Fleck der Erde verschieben lassen.

Lichtgeschwindigkeit, Liberalisierung und der Handel mit Finanzderivaten in grossem Stil können katastrophale Auswirkungen auf ein Finanzsystem haben. Durch massive Spekulationen ausgelöste Währungsänderungen führen zu Kettenreaktionen, einem anschliessenden rapiden Währungsverfall und damit zu einem nationalen Desaster – die Regierungen sind fest im Griff der Finanzmärkte, die fast unkontrollierbar sind.

Die Globalisierung mehrt keineswegs automatisch den Wohlstand und senkt die Arbeitslosigkeit. Vielmehr sind die Risiken des genauen Gegenteils zumindest ebenso gross, jedenfalls für den

Grossteil der Erdbevölkerung. Als fast sicher gilt, dass sich die Ungleichheiten weltweit vergrössern werden, und zwar nicht nur zwischen einzelnen Ländern, sondern auch in den Ländern selbst. Schon in den letzten Jahrzehnten hat sich der Abgrund zwischen Arm und Reich beträchtlich vergrössert: 1960 erarbeiteten die reichen 20% der Weltbevölkerung ein Pro-Kopf-Einkommen, welches dasjenige der ärmsten 20% etwa 30-mal übertraf; knapp 3¹/₂ Jahrzehnte später war es das 78fache. Die Realität lehrt aber auch, dass in der Hitliste des Wohlstands die Staaten ganz oben stehen, die sich dem globalen Wettbewerb stellen, während diejenigen unten zu finden sind, die ohne demokratische Kontrolle regiert werden und sich abschotten. Eine allgemeine Wohlstandssteigerung wird es nicht geben, wohl aber eine erlesene: Die Starken werden stärker und die Schwachen schwächer.

Aus: Joachim Rau: «Märkte, Mächte, Monopole. Was die Wirtschaft im Innersten zusammenhält», Conzett/Oesch Verlag, Zürich 2001, leicht gekürzt